

# „Im Waffenrecht alles tun für mehr Sicherheit“

CDU will weitere Gesetze auf den Weg bringen

VON RICARDA BREYTON

Die Gewalttat von Hanau sei ein „schreckliches Massaker“, sagt Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU).

**WELT:** Herr Frei, nach der Gewalttat von Hanau warnt der Bundeszwanderungsrat vor zunehmender Verunsicherung bei Menschen aus Einwandererfamilien. Können Sie die Sorge verstehen?

**THORSTEN FREI:** Es gibt eine akute Bedrohung durch den Rechtsextremismus. Das ist leider keine neue Erkenntnis. Die Situation hat im vergangenen Jahr mit dem Mord an Walter Lübcke (CDU) und dem versuchten Massaker in Halle neue Brisanz erhalten. Auch in Hanau scheint ein rechtsextremistisches Motiv vorzuliegen. Gleichwohl bin ich überzeugt davon, dass wir ein sehr hohes Maß an Sicherheit in Deutschland haben, auch für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund oder Menschen aus dem Ausland. Wir unternehmen weiterhin alles Menschenmögliche, um Rechtsextremismus in Deutschland kraftvoll zu bekämpfen.

Es brauche nun eine „Generalrevision“ aller Maßnahmen gegen gewaltbereite Rechtsextremisten, sagt die FDP. Stimmen Sie zu?

Wir haben erhebliche Anstrengungen im Kampf gegen den Rechtsextremismus unternommen. Allein mit dem letzten Bundeshaushalt haben wir 600 zusätzliche Stellen beim Bundeskriminalamt und beim Bundesamt für Verfassungsschutz geschaffen, die ausschließlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus gewidmet sind. Wir haben darüber hinaus auch eine ganze Reihe von Gesetzen verschärft. Erst am Mittwoch hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, in dem es um die Bekämpfung von Hasskriminalität und Rechtsextremismus im Netz geht.

**Der mutmaßliche Täter besaß legal mehrere Waffen. Braucht es hier rechtliche Verschärfungen?**

Wir werden sehr genau prüfen, ob aus dem schrecklichen Massaker in Hanau waffenrechtliche Konsequenzen zu ziehen sind. Grundsätzlich haben wir in Deutschland bereits heute einen der strengsten Rechtsrahmen in ganz Europa. Mit der jüngsten Waffenrechtsnovelle haben wir beispielsweise die Regelanfrage beim Verfassungsschutz und eine Begrenzung der Magazingrößen beschlossen, damit nicht schlimmste Unglücke angerichtet werden können. Wir wollen im Bereich des Waffenrechts alles tun, was mehr Sicherheit im Land schafft. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass für Sportschützen und Jäger zu-

sätzliche Bürokratie entsteht, die kein Mehr an Sicherheit bringt.

**Bislang ist offen, wie sich der Täter radikalisierte. Das mutmaßliche Bekennerschreiben gibt Einblick in eine wahnhafte Gedankenwelt. Inwiefern stellt der Typus des wahnhaft handelnden Einzeltäters die Sicherheitsbehörden vor neue Probleme?**

In der Tat ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, eine Radikalisierung zu erkennen, die sich im Stillen und außerhalb eines Gruppenzusammenhangs vollzieht. Hier stehen die Sicherheitsbehörden vor sehr großen Herausforderungen. Mit der anstehenden Verfassungsschutznovelle wollen wir dem Verfassungsschutz die Beobachtung von Einzelpersonen erleichtern, um frühzeitig auf Personen aufmerksam zu werden, von denen eine besondere Gefahr ausgehen könnte.

**Nach dem Willen der Union soll der Verfassungsschutz Online-Chats mitlesen können. Die SPD lehnte dies ab. Wie geht es weiter?**

Wir sind mitten in der Novellierung einer ganzen Reihe von Gesetzen. Neben dem erwähnten Gesetz zur Bekämpfung von Hasskriminalität arbeiten wir parallel an der Verschärfung des Bundesverfassungsschutzgesetzes und des Bundespolizeigesetzes. Wichtig sind uns die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung, die den Sicherheitsbehörden insbesondere den Zugriff auf verschlüsselte und zurückliegende Kommunikation ermöglicht.